Stand: 16.12.2025 00:34:11

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/8989

"Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige stärken II"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/8989 vom 12.11.2015
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/10253 des GP vom 24.02.2016
3. Beschluss des Plenums 17/10361 vom 08.03.2016
4. Plenarprotokoll Nr. 67 vom 08.03.2016

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 12.11.2015 **Drucksache 17/8989**

Antrag

der Abgeordneten **Doris Rauscher, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen, Günther Knoblauch SPD**

Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige stärken II

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, wie vom Landtag beschlossen (Drs. 17/7097), eine bayernweite Standortanalyse von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für pflegende Angehörige vorzulegen. Dies soll in enger Abstimmung mit den Kommunen geschehen, wobei insbesondere definiert werden soll, wo Angebote fehlen und noch etabliert werden müssen, um ein flächendeckendes Netz an wohnortnahen Beratungs- und Unterstützungsangeboten sicherzustellen.

Anschließend soll ein aussagekräftiges Konzept vorgelegt werden, wie die Erkenntnisse aus der Analyse hinsichtlich des Aufbaus neuer Angebote und der Strukturierung vorhandener Angebote gezielt und konkret umgesetzt werden.

Begründung:

Der Antrag „Pflege besser machen IV – Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige stärken!“ der SPD-Fraktion auf Drs. 17/6028 erhielt im Landtag geschlossene Zustimmung. Er legt die Notwendigkeit und die große Bedeutung von Beratungsstrukturen für pflegende Angehörige dar. Im Vollzugsbericht von Staatsministerin Melanie Huml zu ebendiesem Antrag vom 29. September 2015 wird der Forderung nach einer Standortanalyse leider nicht Rechnung getragen. Auch der Vollzugsbericht vom 26. April 2015 zum Beschluss des Landtags (Drs. 17/5045) „Qualitätssicherung der häuslichen Pflege, insbesondere bei Erhalt von Leistungen der Pflegeversicherung“ legt keine Analyse vor, wo es noch Handlungsbedarf hinsichtlich Beratungs- und Unterstützungsangeboten für pflegende Angehörige gibt.

Gerade im ländlichen Raum besteht aber noch dringender Nachbesserungsbedarf. Außerdem zeigt sich immer wieder, dass es zwar verschiedene Beratungsangebote gibt, jedoch keine einheitliche Struktur, die es für pflegende Angehörige ersichtlich macht, wo und wie sie sich wohnortnah beraten lassen können. Erstgenannter Vollzugsbericht zum Beschluss auf Drs. 17/7097 liefert dahingehend noch kein aussagekräftiges Konzept, wie bereits vorhandene Angebote wie Pflegestützpunkte und Fachstellen für pflegende Angehörige mit weiteren Beratungs- und Unterstützungsangeboten an den betroffenen Standorten ohne solche Angebote ergänzt und verbunden werden sollen. Die Berufung auf die Ergebnisse und Empfehlungen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur „Rolle der Kommunen in der Pflege“ reicht leider nicht aus. Vielmehr muss zusätzlich ganz konkret dort angesetzt werden, wo weiße Flecken hinsichtlich der Angebotsstruktur bestehen, damit ein flächendeckendes Netz etabliert werden kann, und vorhandene Angebote müssen „in Form“ gebracht werden, damit für pflegende Angehörige leicht ersichtlich ist, wo sie Unterstützung und Beratung erhalten können. Daher wird die Staatsregierung aufgefordert, zusätzlich zur Angebotsanalyse, gezielte Maßnahmen für einen zeitnahen Aufbau einer flächendeckenden Beratungsstruktur vorzulegen. Der Verweis auf die vorgesehene zeitlich befristete Möglichkeit für Kommunen, Pflegestützpunkte zu initiieren, ist ebenfalls nicht ausreichend. Ebenso die Möglichkeit für „Einrichtungen in der Kommune“, wie z.B. Seniorenbüros, Mehrgenerationenhäuser, Lokale Allianzen für Demenz, Freiwilligenagenturen, sich künftig an einem Pflegestützpunkt zu beteiligen. Hierbei wird noch nicht das Problem der fehlenden Pflegeberatung und der Strukturierung an sich angegangen. Ähnlich verhält es sich mit den 60 „Modellkommunen Pflege“, die bundesweit angedacht sind – es ist begrüßenswert, dass die Koordination und Kooperation bei der Beratung verbessert werden soll und evaluiert werden soll, wie Beratung, Zusammenarbeit und Information vor Ort effizienter gestaltet werden können. Dies muss aber einhergehen mit dem Aufbau von zusätzlichen Beratungsangeboten im ganzen Land und der Strukturierung vorhandener Angebote, denn hier besteht dringender Handlungsbedarf, um den physisch und psychisch stark belasteten pflegenden Angehörigen von rund 70 Prozent aller Pflegebedürftigen gerecht zu werden.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 24.02.2016 **Drucksache** 17/**10253**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit und Pflege

Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u.a. SPD
Drs. 17/**8989**

Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige stärken II

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatterin: **Doris Rauscher**
Mitberichterstatter: **Helmut Radlmeier**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 36. Sitzung am 26. Januar 2016 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 99. Sitzung am 24. Februar 2016 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Zustimmung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   Ablehnung empfohlen.

Kathrin Sonnenholzner
Vorsitzende

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 08.03.2016 **Drucksache** 17/**10361**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Doris Rauscher, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen, Günther Knoblauch SPD**

Drs. 17/**8989**, 17/**10253**

Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige stärken II

Die Staatsregierung wird aufgefordert, wie vom Landtag beschlossen (Drs. 17/7097), eine bayernweite Standortanalyse von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für pflegende Angehörige vorzulegen.

Dies soll in enger Abstimmung mit den Kommunen geschehen, wobei insbesondere definiert werden soll, wo Angebote fehlen und noch etabliert werden müssen, um ein flächendeckendes Netz an wohnortnahen Beratungs- und Unterstützungsangeboten sicherzustellen.

Anschließend soll ein aussagekräftiges Konzept vorgelegt werden, wie die Erkenntnisse aus der Analyse hinsichtlich des Aufbaus neuer Angebote und der Strukturierung vorhandener Angebote gezielt und konkret umgesetzt werden.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 15** auf:

Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u. a. (SPD)
Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige stärken II (Drs. 17/8989)

Die Fraktionen sind darin übereingekommen, auf die Aussprache zu verzichten. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Deswegen bitte ich Sie, jetzt Platz zu nehmen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Es ist fast meditative Ruhe eingekehrt. Wir können fortfahren!)

Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Gesundheit und Pflege empfiehlt einstimmig Zustimmung. Der mitberatende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Antrag zur Ablehnung. Wer dem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind doch wieder alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? – Eine Gegenstimme bei der CSU-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag angenommen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Bodenschutz in Bayern – Klimaschutz im Bundesbodenschutzgesetz verankern", Drucksache 17/8879, bekannt. Mit Ja haben 49 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 94 gestimmt. Es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Ich gebe nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt und anderer (SPD) betreffend "Ämter für ländliche Entwicklung stärken – Stärkung der gleichwertigen Le-

bensverhältnisse im Freistaat Bayern", Drucksache 17/8988, bekannt. Mit Ja haben 59 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 81 gestimmt. Es gab zwei Stimmenthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Jetzt gebe ich das Ergebnis der soeben durchgeführten namentlichen Abstimmung über den Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Wahlunterlagen in Leichter Sprache", Drucksache 17/9100, bekannt. Mit Ja haben 59 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 78 gestimmt. Es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Damit haben wir die Tagesordnung abgearbeitet. Ich bedanke mich bei Ihnen. Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

(Schluss: 18.47 Uhr)